

Kurzbericht

öffentlicher Teil

45. Sitzung – Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen

24. November 2021, 14:01 bis 16:47 Uhr

Anwesend:

Vorsitz: Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten)

CDU

Dirk Bamberger
Jürgen Banzer
Birgit Heitland
Andreas Hofmeister
Heiko Kasseckert
Markus Meysner
Manfred Pentz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hildegard Förster-Heldmann
Markus Hofmann (Fulda)
Kaya Kinkel
Karin Müller (Kassel)
Katy Walther

SPD

Elke Barth
Tobias Eckert
Stephan Grüger
Heinz Lotz
Marius Weiß

AfD

Klaus Gagel
Erich Heidkamp
Andreas Lichert

Freie Demokraten

Oliver Stirböck

DIE LINKE

Axel Gerntke

Fraktionsassistentinnen und -assistenten:

CDU: Ilka Heil
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jan Alexander Fröhlich
 SPD: Milena Stuhlmann
 AfD: Carsten Dittmann / Meysam Ehtemai
 Freie Demokraten: Falco Hartard / Tobias Schmidt
 DIE LINKE: Sebastian Scholl

Landesregierung, Rechnungshof, etc.

Name (bitte in Druckbuchstaben)	Amtsbe- zeichnung	Ministerium, Behörde
Franz-Stöcker	MR ⁱⁿ	HMWEVW
Dr. Schuster, Bernd	MR	HMWEVW
BRAND, Justus	RD	HMWEVW
Turck, Gabriele	MR ⁱⁿ	HMWEVW
Weidig, Philipp	Referent	HMWEVW
Vindel, Claudia	RL	HRWEVW
Krasmann, Peter	MR	HMWEVW
Jhl, Carsten	VA	HMWEVW
Gadler, Joh.-Petr	ROZ	HMWEVW
Mars, Andreas	ROR	HMWK
WEINMANN, HANS	MR	HMWEVW
Dr. Schreiter, Carsten	MR	HMWEVW
Syrmung, Frank	MR	HMinD
SPÄKER	TB	HMWEVW
Hörmann	HMWEVW	RD ⁱⁿ RD
Karl A. Voss	HMWEVW	M

Protokollführung: RDirin Heike Schnier

Inhaltsverzeichnis:

- zur abschließenden Beratung –
1. Antrag
Elke Barth (SPD), Tobias Eckert (SPD), Stephan Grüger (SPD),
Knut John (SPD), Marius Weiß (SPD) und Fraktion
Schnellstmögliche und kraftvolle Umsetzung des Baulandmo-
bilisierungsgesetzes für Hessen
– Drucks. [20/6001](#) – S. 4
- zur abschließenden Beratung –
2. Antrag
Tobias Eckert (SPD), Elke Barth (SPD), Stephan Grüger (SPD),
Knut John (SPD), Marius Weiß (SPD) und Fraktion
Städtischen Tourismus in Hessen fördern
– Drucks. [20/6587](#) – S. 5
- zur abschließenden Beratung –
3. Antrag
Knut John (SPD), Tobias Eckert (SPD), Elke Barth (SPD), Ste-
phan Grüger (SPD), Gernot Grumbach (SPD), Heike Hofmann
(Weiterstadt) (SPD), Heinz Lotz (SPD), Marius Weiß (SPD) und
Fraktion
Flächenentsiegelung bedarf einer Förderung, Gemeinden bei
der dauerhaften Entsiegelung brachliegender und befestigter
Flächen
– Drucks. [20/6657](#) – S. 13
- zur abschließenden Beratung –
19. Antrag
Fraktion der CDU Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Pandemische Lage kann noch nicht für beendet erklärt wer-
den – Hessen behält Tourismusbranche im Blick
– Drucks. [20/6785](#) – S. 5

Punkt 4 bis Punkt 18 und Punkt 20:

siehe nicht öffentlich Teil

(Beginn des öffentlichen Teils: 14:07 Uhr)

– zur abschließenden Beratung –

1. Antrag

**Elke Barth (SPD), Tobias Eckert (SPD), Stephan Grüger (SPD),
Knut John (SPD), Marius Weiß (SPD) und Fraktion**
**Schnellstmögliche und kraftvolle Umsetzung des Baulandmo-
bilisierungsgesetzes für Hessen**
– Drucks. [20/6001](#) –

Abg. **Elke Barth**: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Wir hatten den Antrag vor sechs Wochen schon einmal aufgerufen und ihn allerdings vertagt. Herr Minister, Sie hatten gesagt, Sie wollten möglichst bald eine Verordnung machen, haben aber auch erwähnt, welche zusätzlichen Schritte noch erforderlich sind, bis es so weit ist. Sie sagten, es wird nicht mehr ewig dauern, und meinten, wie sollten im Spätherbst noch einmal darüber reden. Da wir jetzt schon fast im Winter sind, ist meine Frage: Ist es jetzt so weit, können Sie uns inzwischen schon mehr zum Baulandmobilisierungsgesetz sagen?

Minister **Tarek Al-Wazir**: Einen wunderschönen guten Tag auch von meiner Seite aus! Herr Vorsitzender, herzlichen Glückwunsch zur neuen Aufgabe. Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Frau Barth, wir werden jetzt mit einem Verordnungsentwurf in die Ressortanhörung gehen. Der Verordnungsentwurf will sowohl von § 201a wie auch von § 250 BauGB Gebrauch machen.

Abg. **Elke Barth**: Wie sieht dann das weitere Timing aus? Sie sprachen einmal davon, dass die Verordnung zum Jahresbeginn Gültigkeit haben sollte. Ab wann, schätzen Sie, könnte die neue Verordnung Gültigkeit erlangen? Sie wissen auch, dass es einige Städte gibt – vorgestern habe ich von Frankfurt in der Zeitung gelesen –, die händeringend darauf warten, weil ihnen das mehr Handlungsspielraum ermöglicht.

Minister **Tarek Al-Wazir**: Ich kann es grob sagen. Wir gehen jetzt in die Ressortanhörung. Wenn die beendet ist, gehen wir ins Kabinett. Das Kabinett wird dann einen Verordnungsentwurf in die Regierungsanhörung geben – das eine ist die Ressortanhörung nach innen, das andere geht nach außen. Hier muss man eine gewisse Frist geben. Insofern wird es 2022 werden; denn es ist schon Ende November 2021. Aber wir wollen es möglichst schnell machen. Wir müssen gewisse Fristen einhalten; das ist klar. Wenn Sie beispielsweise den Mieterbund, Haus & Grund und die Kommunen anhören, werden wir zwar nicht acht Wochen Frist geben, wie das der Landtag vorzugsweise tut, aber ein bisschen Zeit brauchen die schon.

Abg. **Elke Barth**: Da es sich jetzt doch noch einmal verzögert – ursprünglich hieß es, dass es dieses Jahr noch umgesetzt werden soll –, würde ich es gerne schieben, aber nicht auf die nächste Sitzung. Frau Schnier und ich haben etwas Übung in der Absprache. Wir sollten schauen, dass es dann wieder auf die Tagesordnung kommt, wenn es tatsächlich etwas Spruchreiches zu besprechen gibt. Dann müssen wir es nicht in jeder Sitzung aufrufen.

Vorsitzender: Dann brauchen wir heute nicht darüber abzustimmen, sondern wir behandeln es im nächsten Jahr.

Beschluss:

WVA 20/45 – 24.11.2021

Die Beschlussfassung wird vertagt.

– zur abschließenden Beratung –

2. Antrag

Tobias Eckert (SPD), Elke Barth (SPD), Stephan Grüger (SPD), Knut John (SPD), Marius Weiß (SPD) und Fraktion Städtischen Tourismus in Hessen fördern

– Drucks. [20/6587](#) –

– zur abschließenden Beratung –

19. Antrag

**Fraktion der CDU Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Pandemische Lage kann noch nicht für beendet erklärt werden – Hessen behält Tourismusbranche im Blick**

– Drucks. [20/6785](#) –

Abg. **Tobias Eckert**: Herzlichen Dank, meine Damen und Herren, dass wir heute eine Runde darüber drehen. Ich glaube, es ist ein wichtiges Thema für den Bereich Tourismus in Hessen. Denn wenn ich mir anschau, wo wir aufgrund des Strategischen Marketingplans, des Tourismuspolitischen Handlungsrahmens usw. die Schwerpunkte gesetzt haben, dann sehe ich, dass der städtische Tourismus mit Tagungen, Messen und Ähnlichem der Bereich ist, der am intensivsten und nachhaltigsten von der Corona-Pandemie in Mitleidenschaft gezogen worden ist und auch nachhaltig in Mitleidenschaft gezogen wird.

Deswegen haben wir gesagt: Wenn es für uns als Bundesland Hessen ein wichtiges Themenfeld ist, braucht es dort besondere Anstrengungen. Denn in den letzten Jahren haben wir immer wie-

der darüber diskutiert, was wir mit dem ländlichen Raum machen, da die großen Treiber der positiven touristischen Entwicklung in Hessen immer die großen Städte waren. Die fallen jetzt weg und haben nachhaltig ein Problem. Deswegen brauchen wir jetzt den Fokus auf diesen Bereich.

Ich glaube, deswegen ist der letzte Punkt unseres Antrags das Wichtigste. Wir haben sehr gute Erfahrungen gemacht, als wir uns im Ausschuss gemeinsam mit den Akteuren aus den verschiedenen Destinationen, mit den Anbietern im letzten Jahr zusammengesetzt haben, wo wir gefragt haben, wie es nach der Pandemie weitergeht. Jetzt ist es mehrere Monate später, und wir diskutieren erneut darüber, wie es nach der Pandemie weitergeht, aber mit diesem Schwerpunkt. Deswegen wäre es uns wichtig, dass wir dieses Gespräch führen. Ich verstehe die Selbstverstümmelung im Antrag der Koalitionsfraktionen nicht, dass man sagt: Das ist alles wichtig, und deswegen soll es die Landesregierung machen. – Ich glaube, es ist wichtig, dass wir aus Sicht der Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker des Landtags mit den Akteuren ins Gespräch kommen und es nicht delegieren. Deswegen werbe ich eindringlich für unseren Antrag, der beschreibt, welche Aktivitäten es braucht und wo die Landesregierung gefordert ist.

Ich sehe nicht, wie die Koalitionsfraktionen es im Antrag geschrieben haben, dass in Hessen zur Eindämmung der Pandemie immer alles passgenau und wirksam war. Aber das können wir gerne auch in anderen Ausschüssen weiter diskutieren. Deswegen würde ich das hier nur mit erwähnen. Ich glaube tatsächlich, dass insbesondere der letzte Punkt in Ihrem Antrag ein fehlerhaftes Ansinnen ist, zu sagen: Es ist wichtig, dass wir als Landtag das gemacht haben, und die Landesregierung soll, bitte schön, weiter im Dialog sein.

Nein, das Gegenteil ist der Fall. Wenn wir sagen, es ist für uns eine wichtige Branche, dann kann das auch für den Hessischen Landtag wichtig sein, und dann kann er das machen und Gespräche führen. Darüber hinaus bleibt es der Landesregierung unbenommen, dort tätig zu sein. Deswegen bin ich vehement gegen diesen Ansatz. – Beim letzten Mal hat es gut funktioniert, und deswegen werbe ich für unser Ansinnen, dieses wichtige Thema in den Fokus dieses Ausschusses zu rücken.

Abg. **Markus Hofmann (Fulda)**: Vielen Dank an Tobias Eckert für die Einreichung des Antrags. Wir erkennen natürlich auch an, dass genauso wie wir die SPD es so sieht, dass die Tourismusbranche ein ganz wichtiger Bereich ist, sowohl der private Tourismus als auch der geschäftsbezogene Tourismus. Der SPD-Antrag ist allerdings nicht mehr zielführend und sinnhaft. Das ist wahrscheinlich der Zeit geschuldet, als er gestellt worden ist: als die pandemische Lage noch nicht so dramatisch war wie jetzt.

Er ist in einigen Bereichen zwar durchaus deckungsgleich, z. B. bei der Verstetigung des Austausches. Aber ich finde, dass die SPD ihren Antrag zurückziehen und unserem Antrag folgen sollte, weil unserer die pandemische Lage berücksichtigt und sie nicht für beendet erklärt, wie man es aus dem SPD-Antrag herauslesen könnte. Der SPD-Antrag ist deshalb nicht zustimmungswürdig, und ich würde bitten, unserem Antrag zu folgen und den SPD-Antrag zurückzuziehen.

Abg. **Oliver Stirböck**: Der Antrag der Koalition ist der typische Selbstbelobigungsantrag, der uns kein Stück weiter bringt. Der Antrag der SPD geht schon eher in die richtige Richtung. Da brauchen wir aber nicht gegenseitig zu filibustern.

Entscheidend ist ohnehin eher die Frage, was in den nächsten Wochen und in den nächsten Monaten passiert. Werden der Hotelbranche wieder Knüppel zwischen die Beine geworfen, wie wir es jetzt z. B. in Österreich erleben oder auch in Bayern, wo die Hotels nur noch für Geschäftsreisende offen sind? Ich halte das für den absolut falschen Weg und appelliere an die Hessische Landesregierung, diesen Weg nicht zu gehen; denn man befindet sich kaum an sichereren Orten als in Hotels. Es ist deutlich gefährlicher, zu Hause Privatpartys zu feiern, als sich in Hotels zu bewegen.

Abg. **Markus Meysner**: Es geht nicht um Beweihräucherung, sondern wir haben in unserem Antrag dargestellt, dass schon etwas getan wird. Ich glaube, das ist wichtig. Wenn es in anderen Anträgen so dargestellt wird, als wenn gar nichts passiert, dann muss gesagt werden, was wir alles machen, dass wir z. B. im Rahmen der Innenstadtbelebung das Bündnis für die Innenstadt haben, wo wir auch Handelsverband, IHK, DEHOGA, die Spitzenverbände und alle mit am Tisch haben, wo wir die Sache diskutieren. Daher war es wichtig, das klarzustellen, auch dass wir im August 2020 diesen runden Tisch hatten. Dass wir selbstverständlich daranbleiben müssen, ist auch das, was wir hier schreiben.

Wie schnell die Zeit vergeht, sieht man natürlich auch am Antrag der SPD, in dem geschrieben wird: „Der Landtag ist erleichtert, dass sich die Branche durch sinkende Inzidenzen und durch die Impfquote langsam erholt.“ Das ist jetzt vier Wochen her. Daran sieht man, wie schnell sich das ändern kann. Umso wichtiger ist, dass wir in Summe an der Sache dranbleiben. Wenn man beispielhaft sieht, dass jetzt Überbrückungsgeld, Kurzarbeitergeld oder, bei uns, die Mikroliquidität verlängert werden, dann sind das wichtige Signale, die auch diese Branche unbedingt braucht. Denn wie es in den nächsten vier Wochen weitergeht, das können wir nur erahnen. Aber es wird sicherlich nicht einfacher, gerade für diese Branchen, die wir gerade genannt haben. Insofern haben wir in unserem Antrag versucht, das deutlich zu machen. Wir bitten natürlich darum, dass Sie sich unserem Antrag anschließen.

Abg. **Andreas Lichert**: Ich möchte mich nicht dem Kollegen Stirböck anschließen, der sagt, dass der Antrag der regierungstragenden Fraktionen keinen Mehrwert bietet. Ich habe daraus immerhin das hübsche Akronym MICE gelernt. Insofern hat er natürlich einen Sinn. Wir werden ihm uns trotzdem nicht anschließen. Da der Antrag der SPD schon einen Monat alt ist, ist der erste Absatz völlig aus der Zeit gefallen. Das Schlimme ist, der Antrag von CDU und GRÜNEN ist brandaktuell, und darin steht immer noch, dass 2G etwas Positives ausrichten soll. Meine Damen und Herren, 2G ist Teil des Problems, nicht Teil der Lösung. Wer immer noch daran festhält, der hat ein beeindruckendes Maß an Faktenresistenz.

Was ich hervorheben möchte, ist ein wichtiger Punkt im SPD-Antrag: der Verweis auf das Thema Fachkräftemangel. Das hängt genau mit diesem Komplex zusammen. Die Vollgas/Vollbremsung-Situation ist für die Unternehmen und natürlich auch die Arbeitnehmer vor Ort außerordentlich schwer zu ertragen. Solange es Alternativen gibt, übt das einen starken Anreiz auf die Menschen aus, sich in anderen Branchen nach Möglichkeiten umzuschauen. Ich denke, solange wir auf der Pandemieseite keine wirklich vernünftigen und tragfähigen Regelungen getroffen haben, nützt vieles von dem, was hier genannt ist, schlichtweg nichts.

Das Einzige, dem wir uns tatsächlich anschließen können, ist das Thema runder Tisch; denn den braucht es wirklich, um zu schauen, welches Instrumentarium an Fördermaßnahmen es braucht, um diesen Winter überhaupt zu überstehen. Aber wir können uns in Gänze beiden Anträgen nicht anschließen.

Abg. **Marius Weiß:** Ich habe mich ein bisschen gewundert, als ich den Antrag eben gelesen habe – das ging nur eben; er ist noch nicht lange eingereicht. Ein bisschen geärgert habe ich mich schon. In der Überschrift heißt es, die „pandemische Lage kann noch nicht für beendet erklärt werden“. Im Text wird das aber gar nicht so wiederholt. Das ist natürlich ein Verweis auf die epidemische Lage nationaler Tragweite, auf den feststehenden Begriff.

(Zuruf Abg. Markus Hofmann (Fulda))

– Nein, das hat damit nichts zu tun, natürlich nicht. Ich habe es schon verstanden. – Ich will nur einen leichten Hinweis darauf geben, wie glaubwürdig es ist, wenn man einen großen Aufstand macht und dann sagt, es gehe gar nicht, das zu beenden, die pandemische Lage dürfe nicht beendet werden, im Bundesrat dann aber doch zustimmt. Aber das ist ein anderes Thema.

Ich habe eine konkrete Frage an die Kollegen Hofmann und Meysner. Es gibt ab morgen eine neue Corona-Verordnung, und darin steht in § 23 etwas zu Übernachtungen, und zwar soll in den Hotels 2G nur für touristische Übernachtungen gelten. Für alle anderen Übernachtungsgründe kann man sich auch testen lassen. Einmal abgesehen davon, dass die AfD sich wahrscheinlich freut, weil sie dann ihren Bundesparteitag mit ihren vielen ungeimpften Delegierten durchführen kann, die sich jetzt alle freitesten können, könnten Herr Hofmann und Herr Meysner vielleicht etwas dazu sagen, wenn sie einen Antrag stellen, in dem sie den Tourismus begrüßen und ihn unterstützen wollen, warum dann ausgerechnet bei den Übernachtungen für touristische Zwecke eine Ausnahme gemacht wird im Vergleich zu anderen. Für sie sind die Regeln strenger als für Leute, die beruflich oder ehrenamtlich unterwegs sind oder vielleicht nur für einen Arzttermin oder einen Parteitag hier sind. Das leuchtet mir nicht ganz ein. Vielleicht können Sie mir das erklären.

Abg. **Tobias Eckert:** Herr Hofmann, bei aller Wertschätzung, aber natürlich ziehen wir unseren Antrag nicht zurück. Aus Ihren Worten und aus denen des Kollegen Meysner haben wir gerade herausgehört, dass Sie sagen, gerade dieses Gespräch im Ausschuss war wichtig und ist wichtig. Genau deswegen verstehe ich Ihren Ansatz nicht. Sie sagen, deswegen brauche der Landtag

sich nicht weiter damit zu beschäftigen, sondern Sie hätten vollstes Vertrauen in die Landesregierung, dass sie etwas macht, und damit habe es sich. – Das ist mitnichten der Fall. Von daher wäre zumindest in diesem Bereich etwas möglich.

Sie haben es beim letzten Mal auch gemacht. Sie haben mit Ihrer Koalitionsmehrheit unseren Antrag abgelehnt. Wir haben nachher trotzdem einen runden Tisch zusammenbekommen. Vielleicht machen wir wenigstens das. Die Obleute können im Anschluss vielleicht eine Runde dazu drehen. Aber wenn Sie alle das so sehen, dann ist der Ansatz der Koalitionsfraktionen zu kurz gesprungen, das allein in Richtung Landesregierung zu schieben. Holen wir es doch in den Ausschuss des Hessischen Landtags, wie im letzten Jahr. Ich glaube, insgesamt ist es in der Branche sehr gut angekommen, dass wir uns um sie kümmern und nicht nur, wie sonst, nur darüber reden. Das sollten wir in dieser Situation vielleicht auch wieder tun.

Minister **Tarek Al-Wazir**: Herr Weiß, es gibt natürlich auch so etwas wie eine Berufsfreiheit, die übrigens auch Grundrechtsschutz genießt. Das war schon am Anfang der Pandemie immer ein Problem, wenn man erklären musste, warum Fußballspieler, die das als Beruf haben, ohne Zuschauer weiterspielen konnten, und Ähnliches. Aber das wissen Sie ja. Man kann also relativ leicht erklären, wieso es da Unterschiede gibt.

Ich will an dieser Stelle nur noch einmal sagen: Wir haben eine sehr schwierige Situation momentan. Bei der Frage, wie es insgesamt dem Hotel- und Gaststättengewerbe geht, haben wir einen Sommer gehabt, der wieder deutlich bessere Zahlen hatte, auch einen Herbst, der deutlich bessere Zahlen hatte als im letzten Jahr. Das kam noch nicht an das Vorkrisenniveau heran, aber man hatte das Gefühl, es geht aufwärts.

Da ist die jetzige Situation nicht nur ökonomisch für die Betriebe ein Riesenproblem, sondern auch psychologisch. Wenn sie das Gefühl haben, eine existenzielle Krise überstanden zu haben und dass es wieder aufwärts geht, und am Ende passiert das Gleiche noch einmal, dann gibt es genügend Menschen, die dann sagen: Mein Gott, ich packe das nicht noch einmal. – Das betrifft nicht nur die Finanzen. Wir haben die Programme jetzt verlängert, auch die hessischen.

Gleichzeitig müssen sich alle Gedanken machen, wenn sie z. B. in den letzten Monaten Impfskeptiker auch noch bestärkt haben mit Fake News, was ihre Verantwortung dafür ist, dass wir noch einmal in eine solche Situation gekommen sind. Da muss sich jeder ganz persönlich fragen, was seine eigene Verantwortung dafür ist, dass wir jetzt nicht nur erneut in eine gesundheitliche Krise kommen, sondern in bestimmten Bereichen auch in eine ökonomische Krise. Das wäre alles nicht nötig gewesen, schöne Grüße aus Spanien und Portugal. Dementsprechend kann jeder in den Spiegel schauen und sich überlegen, was die eigene Verantwortung dafür ist, dass wir noch einmal in einer so schwierigen Situation sind.

Als Regierung unterstützen wir die Branche natürlich. Wir sind auch in ständigem Austausch. Was die Frage der Kommunikation angeht, haben wir in der Corona-Zeit auch weitergearbeitet.

Sie kennen all das, Stichwort: Tourismuspolitischer Handlungsrahmen, Destinationsmanagement, Mindeststandards, Zuschüsse auch von Landesseite inklusive der Markenfamilie, die Sie vielleicht schon wahrgenommen haben. Wir jedenfalls sind in ständigem Austausch.

Der Ausschuss entscheidet, mit wem er sich trifft und in welcher Kombination. Ich kann es einmal so sagen: Als ich in der Opposition war, haben wir uns einfach als Fraktion mit bestimmten Akteuren getroffen. Aber am Ende ist das eine Entscheidung, die Sie hier treffen. Ich will einfach nur sagen, dass wir alles dafür tun, möglichst viele Strukturen zu erhalten und Hilfe zu leisten, damit sie durch die Krise kommen. Wir hoffen, dass wir im nächsten Jahr endgültig die Krise hinter uns haben und dann, wenn man so will, auch durchstarten können.

Was sicherlich anders geworden ist – das ist klar –: In bestimmten Bereichen haben wir andere Zahlen. Das ist gerade schon angesprochen worden. Der städtische Bereich war eher der, wo in den letzten Jahren ganz viel passiert ist. Manchmal war der ländliche Bereich eher unser Sorgenkind. Das hat sich jetzt ein bisschen gedreht. Aber man wird sehen, wie sich das am Ende in den nächsten Jahren entwickelt. Man muss ehrlicherweise sagen, dass wir das nicht genau in der Hand haben. Es gibt Prognosen, die sagen, dass die Reiselust vor allem interkontinental eher niedriger sein wird als vor der Krise. Es gibt andere, die prognostizieren, dass die Leute erst recht wieder andere Länder entdecken wollen. Ehrlicherweise kann Ihnen heute niemand sagen, was nächstes oder übernächstes Jahr ist. Das wissen wir nicht.

Wir sehen es aber als unsere Aufgabe, dass wir die Branche dabei möglichst unterstützen. Wir sehen am Ende hoffentlich doch eine Situation, dass wir die Krise überwinden können, und hoffen, dass wir richtigerweise da sind, wenn es am Ende darum geht, das dann auch wieder mitzunehmen.

Zum Stichwort Fachkräftemangel. Das ist ein echtes Problem. Manche haben sich umorientiert, machen jetzt etwas anderes. Aber auch da haben wir in der ganzen Zeit zu helfen versucht, z. B. bei der Ausbildungsbegleitung, dass die Abschlüsse gemacht werden können, damit möglichst viele da sind, die gute Gastgeberinnen und gute Gastgeber sein können. Ich glaube, darum geht es am Ende auch im Gastgewerbe, in der Hotellerie und im Tourismus insgesamt.

Abg. **Markus Meysner**: Herr Weiß hatte mich angesprochen. Es ist nicht so, dass der Antrag heute Morgen erst formuliert worden ist. Er war schon länger geschrieben und wurde abgestimmt. Insofern ist es wichtig, dass wir in Punkt 2 den letzten Satz haben:

Aus diesem Grund und im Sinne der Gesundheit aller Hessinnen und Hessen, sowie der Lebensgrundlage der in touristischen Unternehmen tätigen Menschen, wird die Situation regelmäßig neu evaluiert und vonseiten der Landesregierung entsprechend angepasst.

Das macht es sehr deutlich. Was ich vorhin schon gesagt habe: Bei Ihrem Antrag waren die Inzidenzen noch sinkend, jetzt haben wir über 400. Daran sieht man die Entwicklung. Insofern ist es richtig, im Rahmen der Kontaktbeschränkungen diesen Spagat zu gehen. Man könnte sagen,

man kann alles zumachen. Aber die Trennung von touristisch und beruflich hatten wir schon einmal, das haben wir schon gemacht. Insofern ist der Ansatz aufgrund der aktuellen Situation wieder notwendig.

Herr Eckert, das eine zu tun, heißt nicht, das andere zu lassen. Insofern kann ich dem ruhig zustimmen, dass wir uns im Rahmen des Ausschusses wieder zusammensetzen. Aber in Ihrem Antrag schreiben Sie auch, dass der Landtag tagen soll und im Anschluss die Landesregierung die Aspekte aus dem runden Tisch beachten soll. Insofern ist es nicht verkehrt, wenn die Landesregierung das aus erster Hand macht und direkt mit den Leuten spricht. Wir sehen, dass das auch ohne Auftrag funktioniert. Wenn letzte Woche die Vertreter vom DEHOGA beim Ministerpräsidenten waren, sieht man, dass ein ständiger Austausch da ist.

Deshalb war die Lage so, dass wir gesagt haben: Dann kann sich die Landesregierung die Informationen auch direkt holen. – Nichtsdestotrotz kann der Ausschuss das auch machen; denn es war in der Tat gut. Wir sollten es auch machen, und es ist auch wichtig als Wertschätzung für die Vertreter aus der Tourismusbranche, wenn wir uns als Ausschuss dafür interessieren.

Abg. Andreas Lichert: Herr Minister, Ihre einleitenden Äußerungen fordern Widerspruch heraus. Wie immer klang es sehr gut und verantwortungsvoll, ist es aber nicht. Man muss schon die Frage stellen: Wann haben Sie das letzte Mal in den Spiegel geschaut und die Handlungen der Landesregierung so kritisch überprüft, wie Sie selbst es gerade angemahnt haben?

Ich halte fest: 2G hat nur einen Sinn und den Hauch einer Legitimität, solange sicher ist, dass Geimpfte nicht Überträger von COVID sein können. Wir wissen, dass es aber sehr wohl Übertragungen durch Geimpfte gibt. Das kann niemand hier im Raum ernsthaft in Zweifel stellen.

Trotzdem halten Sie – das ist in beiden Anträgen der Fall – daran fest. Die Landesregierung hält ebenfalls daran fest. Gleichzeitig hat man pünktlich zum Beginn der Erkältungssaison die Schnelltestmöglichkeiten, die kostenlosen Bürgertest de facto eingestampft, was jetzt wieder mühsam hochgezogen werden muss.

Inwiefern hat die Landesregierung dieses Handeln kritisch reflektiert? Denn jetzt stehen die Tourismus- und Gastronomiebranche und viele andere, die mit Veranstaltungen rund um Weihnachten einen Großteil ihres Jahresumsatzes machen, wieder am Abgrund – genau wegen solchen Handelns. Da haben auch die paar staatlich geförderten Corona-Partys im Sommer unter 2G-Bedingungen mit Sicherheit keinen herausgerissen, der jetzt wieder mit dem Rücken zur Wand steht.

Herr Minister, gerade vor dem Hintergrund Ihres eigenen Anspruches müssen Sie und die Landesregierung sich sehr kritisch hinterfragen.

Abg. **Tobias Eckert:** Herr Lichert, mir würde vieles einfallen, aber ich glaube, das würde Ihren Wortbeitrag nur aufwerten. Deswegen ein ganz entschiedenes Nein, Herr Lichert, zu dem, was Sie hier verbreiten und infrage stellen.

Zweitens. Herr Minister, wenn ich Ihre Worte so gehört habe, dann scheint es fast eine Rüge durch die Koalitionsfraktionen zu sein, dass man Sie extra auffordern muss, ins Gespräch zu kommen, da das alles irgendwie selbstverständlich sei. Im Antrag steht, man muss Sie auffordern. Von daher sei es, wie es sei.

Wenn Sie sagen, Ihre Erinnerungen an die Oppositionszeiten sind, dass man sich trifft – glauben Sie erstens, dass das geschehen wird. Zweitens erinnern Sie sich an vieles nicht, was Sie in Oppositionszeiten gesagt haben. Von daher können wir das Spielchen gerne wechselseitig betreiben, keine Sorge.

Ich glaube, das Thema ist wichtig. Wir sollten es im Ausschuss machen. Daher bin ich dem Kollegen Meysner sehr dankbar, der sachorientiert darauf geantwortet und gesagt hat: Dann können wir es im Ausschuss machen. – Ich hatte eben schon den Hinweis gegeben: Lehnen Sie als Koalition unseren Antrag ab, aber hinterher treffen wir uns im Ergebnis als Ausschuss – und was wir als Fraktion machen, lassen Sie einmal unsere Sorge machen, Herr Minister.

Abg. **Markus Hofmann (Fulda):** Ich möchte darauf hinweisen, dass jede Person, die dem Antrag der SPD zustimmt, auch dem Satz zustimmt, dass wir erleichtert sind, „dass sich die Branche durch sinkende Inzidenzen und durch die Impfquote langsam erholt“. Allein dieser Satz vom 26.10. ist nicht mehr aktuell. Dem kann man nicht zustimmen. Wenn Sie negieren, dass der Landtag einige Initiativen macht – sie sind unter Punkt 3 unseres Antrags aufgelistet –, und das einfach nicht wahrnehmen, dann ist offensichtlich eine Wahrnehmungsstörung vorhanden.

Trotzdem pflichte ich dem Kollegen Meysner bei, der sagt, wir können uns im Ausschuss damit beschäftigen. Das finde ich super. Herr Eckert und ich waren auch schon mehrmals zusammen beim Tourismusverband und haben uns dort getroffen und sind im Gespräch mit den Leuten. – Ich bitte aber, einfach zu überdenken, dass der SPD-Antrag nicht auf dem Stand der aktuellen Entwicklung ist und die pandemische Lage nicht für beendet erklärt werden kann.

Vorsitzender: Wir kommen zur Abstimmung.

Beschluss zu Punkt 2:
WVA 20/45 – 24.11.2021

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen lehnt den Antrag nach abschließender Beratung in öffentlicher Sitzung ab.

(CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD
gegen SPD, Freie Demokraten bei Enthaltung DIE LINKE)

Beschluss zu Punkt 19:

WVA 20/45 – 24.11.2021

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen nimmt den Antrag nach abschließender Beratung in öffentlicher Sitzung an.

(CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
gegen SPD, AfD, Freie Demokraten, DIE LINKE)

– zur abschließenden Beratung –

3. Antrag

Knut John (SPD), Tobias Eckert (SPD), Elke Barth (SPD), Stephan Grüger (SPD), Gernot Grumbach (SPD), Heike Hofmann (Weiterstadt) (SPD), Heinz Lotz (SPD), Marius Weiß (SPD) und Fraktion

Flächenentsiegelung bedarf einer Förderung, Gemeinden bei der dauerhaften Entsiegelung brachliegender und befestigter Flächen

– Drucks. [20/6657](#) –

WVA, ULA

Beschluss:

WVA 20/45 – 24.11.2021

Der Antrag wird von der Tagesordnung abgesetzt.

(Schluss des öffentlichen Teils: 14:39 Uhr –
folgt Fortsetzung des nicht öffentlichen Teils)